

Besuchserlaubnis versprochen

FREISBACH: Etwa 50 Gruppen waren zur Jahrestagung der Tschernobyl-Initiativen in Rheinland-Pfalz gekommen. Hauptthema war, ob auch 2009 wieder weißrussische Kinder zur Erholung nach Deutschland kommen dürfen. Ein Vertreter der Botschaft sagte die baldige Unterzeichnung einer entsprechenden Vereinbarung zu.

Auch Teilnehmer aus Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland waren nach Freisbach gekommen und alle wollten eine verbindliche Auskunft darüber haben, ob in diesem Jahr die Kindererholungen stattfinden können. Schon in der Begrüßung des Vorsitzenden Jürgen Wiegand (Freisbach) wurde diese Spannung greifbar.

In den vergangenen Jahren hatte es in Italien und in den USA einige Fälle gegeben, bei denen Kinder nach der Kindererholung nicht mehr in die Heimat zurückgekehrt sind. In Deutschland habe es aber einen solchen Vorfall noch nie gegeben, hieß es. Die weißrussische Regierung hatte dennoch im vergangenen Jahr von allen Staaten verlangt, entsprechende schriftliche Zusagen zu machen. Dies ist bis heute von deutscher Seite aus nicht geschehen.

Mehr als 150.000 Kinder sind in den vergangenen 20 Jahren nach Deutschland gekommen.

Als Vertreter von Weißrussland war der Botschaftsrat Oleg Makaev aus Bonn angereist. Er ging auf die enormen finanziellen und gesundheitlichen Nachwirkungen der Tschernobyl-Katastrophe ein. Besonders Deutschland sei sehr engagiert, wenn es darum gehe, Kindern aus Weißrussland die Erholung zu ermöglichen, lobte er. Mehr als 150.000 Kinder seien in den vergangenen 20 Jahren gekommen. Die Bürger des Landes würden dies sehr zu schätzen wissen.

Um sicher auszuschließen, dass in Zukunft ein Kind nicht mehr zu seinen Eltern zurückkehre, habe die weißrussische Regierung beschlossen, Rahmenbedingungen mit allen Ländern abzuschließen. Entsprechende Entwürfe seien bereits vorbereitet und würden in der kommenden Woche verabschiedet. Der weißrussische Außenminister werde in Berlin erwartet und gemeinsam mit Außenminister Steinmeier ein Papier unterzeichnen, erklärte Makaev. Somit sei davon auszugehen, dass der Kindererholung 2009 nichts mehr im Wege stehe. „Ich glaube, sie können begin-



Die Organisatoren hoffen, dass es auch 2009 wieder solche Momente gibt. Hier haben weißrussische Kinder auf einer Hüpfburg in der Pfalz viel Spaß.

FOTO: THÖRING

nen. Es bleibt nicht viel Zeit, also kann man anfangen“, antwortete Makaev einem Zuhörer.

Wenn sich eines ihrer Kinder im Ausland aufhalten würde, dann würde sie auch sicher wissen wollen, dass es wieder nach Hause komme, sagte Therese Gram (Kirschroth). Vor diesem Hintergrund verstehe sie die Einstellung der weißrussischen Seite. In seinem Jahresrückblick ging Paul Neumann (Berghausen) ausführlich auf die Entwicklung ein. Die Unsicherheit habe zu erheblichen finanziellen Belastungen geführt. Viele Vereine hätten vor allem in der Vorweihnachtszeit einen erheblichen Spendenrückgang in Kauf nehmen müssen, da sich Spender oft gezielt für die Kindererholung einsetzten.

Man müsse durchaus damit rechnen, dass die eine oder andere Gruppe ihre Arbeit nicht fortführen könne. Die Verantwortung für die lange hinausgezögerte Entscheidung sehe er nicht nur bei der weißrussischen Seite: Die Unterlagen lägen seit geraumer Zeit bei den entsprechenden Ministerien in Berlin.

Durch die Unsicherheit ging das Spendenaufkommen der Vereine stark zurück.

Ausdrücklich bedankte er sich beim Land Rheinland-Pfalz, das für jedes neu eingeladene Kind einen Beitrag von 52 Euro zur Verfügung stelle. Auch habe sich Ministerpräsi-

dent Kurt Beck mit dem Außenminister über die Probleme unterhalten.

Rede und Antwort stand auch Anna Romanovich, weißrussische Botschaftssekretärin aus Bonn. Sie stellte sich den zahlreichen Fragen in Bezug auf Visa-Angelegenheiten. Dabei ging es sowohl um die Kindererholung als auch um Hilfskonvois und Studienfahrten. Hierbei wurde klar, dass der Wissenstand bei den einzelnen Initiativen durchaus unterschiedlich war. Ein Teilnehmer merkte lobend an, dass die weißrussische Visa-Stelle in Bonn vorzüglich arbeite, auch an den Grenzen habe sich die Situation sehr positiv entwickelt.

Die Notwendigkeit der weiteren Hilfe für die Kinder aus den verstrahlten Gebieten wurde in einem Vor-

trag von Waltraud Jobst (Harthausen) deutlich. Die Hälfte der Lebensmittel werde auch heute noch in der Region erzeugt, nach wie vor stark verstrahlte Beeren und Pilze gehören zum festen Bestandteil der Nahrung. Drastisch sehen die Zahlen der Erkrankung auf vielen Gebieten aus. So gebe es eine 30-fache Steigerung der Schilddrüsenerkrankungen vor allem bei Kindern und Jugendlichen.

Der bisherige Sprecherrat wurde in seinem Amt bestätigt. Paul Neumann (Berghausen), Günther Deibert (Odenbach), Gaby Möller (Böhl-Iggelheim), Therese Gram (Kirschroth) und Karin Fust (Münstermaifeld) werden weiter überregional die Interessen der Tschernobyl-Initiativen vertreten. (hpm)